



THOUGHT FACTORY 3

RLS South Asia working paper series Delhi 2011

Demokratischer Aufbruch in Südasien

Bürgerliche Herrschaft
in peripheren
Gesellschaftsformationen

JOHN P. NEELSEN



Thought Factory 03

RLS South Asia working paper series – 2011

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SOUTH ASIA

John P. Neelsen

***Demokratischer
Aufbruch in Südasien***

**Bürgerliche Herrschaft in peripheren
Gesellschaftsformationen**

Delhi 2011

John P. Neelsen

Kontakt: john.neelsen@uni-tuebingen.de

Impressum:

RLS - Centre for International Co-operation

C-15, 2nd Floor, Safdarjung Development Area (Market)

New Delhi 110 016, INDIA

Phone: +91 (0)11 -49 20 46 00, Fax: +91 (0)11- 49 20 46 66

Email: south-asia@rosalux.de; Website: www.rosalux-southasia.org

Der regionale Repräsentant der Rosa Luxemburg Stiftung
für Südasien, Dr. Carsten Krinn, ist zu erreichen unter:

Email: krinn@rosalux.de

Die Stiftung in Deutschland erreichen Sie unter:

Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin, DEUTSCHLAND

Umschlag: Shweta Govil, Mumbai; Lektorat: Jakob Littmann und Steffen Rohkohl

Thought Factory [θɔ:t fæktəri]: ist eine Serie von Arbeitspapieren der Rosa Luxemburg Stiftung für Südasien, die zum besseren Verständnis der Region und ihrer spezifischen Herausforderungen beitragen soll. Die Beiträge sind in der Regel im engen Arbeitszusammenhang mit dem Büro in Neu Delhi entstanden.

Die Beiträge geben die Meinung ihrer jeweiligen Autoren wieder und stehen auch für uns, und unserem Verständnis nach, zur Diskussion.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	4
VORWORT	5
I. DEMOKRATIE ZWISCHEN VOLKSHERRSCHAFT UND KLASSENANTAGONISMUS	7
1. Rechtsherrschaft und Friedfertigkeit.....	7
2. Demokratie und Marktwirtschaft	8
3. Demokratie und gesellschaftliche Evolution.....	8
II. DEMOKRATISCHER AUFBRUCH IN SÜDASIEN	11
1. Die aktuelle Situation	11
2. Politische Herausforderungen und koloniales Erbe	12
III. JANUSKÖPFIGE AUSWIRKUNGEN DER VOLKSHERRSCHAFT	14
1. Aufstieg der traditionell Deklassierten	14
2. Kulturelle Entkolonialisierung.....	14
3. Tyrannei der Mehrheit.....	15
4. Vom „nation-building“ zum exkludierenden „kulturellen Nationalismus“	16
IV. PRÄVALENZ DER EXEKUTIVE UND DES ZENTRALSTAATS – SCHWÄCHE DER PARTEIEN	18
1. Historische und strukturelle Bedingungen	18
2. Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft	19
3. Demokratiedefizite	20
V. KOMMERZIALISIERUNG UND KRIMINALISIERUNG	21
1. Privatisierung der Gewalt, Kriminalisierung der Politik	21
VI. UNGLEICHHEIT UND UNGLEICHZEITIGKEIT IN PERIPHEREN GESELLSCHAFTSFORMATIONEN	23
1. Grundzüge des peripheren Kapitalismus – strukturelle Heterogenität.....	23
2. Interessenartikulation – zwischen Klassen-und „ursprünglichen“ Identitäten.....	24
VII. ZUSAMMENFASSUNG: FÜR EINE ANDERE DEMOKRATIE	26
ANHANG	28
Literatur	29

Abkürzungen

- AL: Awami League (Partei in Bangladesch)
- BNP: Bangladesh Nationalist Party
- BJP: Bharatiya Janata Party, „Indische Volkspartei“
- HDI: Human Development Index
- FAO: Food and Agriculture Organization of the United Nations,
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
- FSI: Failed States Index
- IDP: Internally Displaced People
- INC: Indian National Congress, „Kongresspartei“
- KSZE: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
(alt, jetzt: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE)
- NED: National Endowment for Democracy (US-amerikanische Stiftung)
- PML-N: Pakistan Muslim League-Nawaz (Nawaz Sharif-Flügel)
- PPP: Pakistan People's Party
- RLS: Rosa Luxemburg Stiftung
- SL: Sri Lanka
- SLFP: Sri Lanka Freedom Party
- UNP: United National Party (Sri Lanka)

Vorwort

Während man Europas kulturelle Wiege Griechenland gern als die „älteste Demokratie der Welt“ bezeichnet, nennt man Indien häufig die „größte Demokratie der Welt“. Gut über eine Milliarde Menschen (ca. ein Siebtel der Weltbevölkerung) leben in der Vielvölkernation. Meist wird das bevölkerungsreiche Land dabei von seinem großen Nachbarn und Rivalen China publizistisch positiv abgesetzt, dem unterstellt wird, dass dort demokratische Institutionen wenig verankert seien. Wie aber ist es mit der »Dēmos Kratía« („Herrschaft des Volkes“) z.B. Indiens bestellt, wenn das Land beim „Human Development Index“ (HDI) auf Rang 134 (von 187) ausgewiesen wird.¹ Während der Anteil hungernder Kinder ein problematisches Bild auf die Ernährungssituation in ganz Südasien wirft, behauptete Indiens Innenminister P. Chidambaram: *„Den Hunger haben wir fast überall in Indien besiegt“*,² und bewies damit erneut die verehrende Ignoranz staatlicher Stellen. Dies wird auch an dem Prozess um die Einführung eines „National Food Security Bill“ deutlich, der bis heute nicht verabschiedet werden konnte. Dabei gelten nach Angaben der FAO weit über 200 Millionen Inder_innen als unterernährt. Geht man von der notwendigen Mindestaufnahme von Kalorien aus (2.200 für städtische, 2.100 für ländliche Gebiete), dann entspricht die Anzahl derjenigen, die sich eine solche tägliche Kalorienaufnahme nicht leisten können, der gesamten europäischen Bevölkerung. Ist ein demokratisches System vorstellbar, in dem das Wahlvolk körperlich vor Hunger zu schwach ist, den Stimmzettel in die Urnen zu schieben?

John P. Neelsen zeichnet in seinem Text die Entstehung der Idee der Menschenrechte nach und zeigt ihre Verortung zwischen Marktwirtschaft und Mehrparteiendemokratie auf. Vieles, was uns in den Ländern der westlichen Demokratie ‚normal‘ erscheint, ist in Staaten der kapitalistischen Peripherie keineswegs Standard. Hier hat die demokratische Entwicklung teils andere Wege eingeschlagen.

John P. Neelsen kann nicht nur auf fünfeinhalb Jahre Feld- und Forschungsaufenthalt in Südasien (vornehmlich Indien und Sri Lanka) zurückblicken, sondern war auch von Beginn des Aufbaus unseres Südasien Büros der Rosa Luxemburg Stiftung ein ständiger und wertvoller Begleiter, Berater und unserem gesamten RLS-Team nicht nur Genosse, sondern auch Freund. Seit vielen Jahren ist er als Vertrauensdozent der RLS und auch im wissenschaftlichen Beirat von Attac (Deutschland) aktiv. Darüber hinaus war er Gastdozent an verschiedenen deutschen Universitäten sowie an Universitäten in Benares (Indien), Nancy (Frankreich) und Zürich (Schweiz).

1 Stand 2011.

2 G. Blume 2011 (zuletzt aufgerufen am 4.10.2011).

John lehrt an der Universität Tübingen, seine Forschungsschwerpunkte finden sich im klassischen Feld der Entwicklungssoziologie. Ihn interessieren die sogenannten »Nord-Süd-Beziehungen«, also die sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen der allgemeinen Internationalisierung der Produktions- und Lebensweisen. Leichtfüßig, wenn auch unbedacht, spricht man gerne von »Globalisierung«. Diese Wortschöpfung erlaubt Assoziationen, wie die des »Global Village«, lässt dabei aber außer Acht, dass die Entwicklung in unterschiedlichen, kapitalistischen Entwicklungsorten und -phasen sich sehr vielfältig gestaltet(e). Bürgerliche Herrschaft trägt in Südasien signifikant andere Züge als in den klassischen Ländern des Zentrums.

Ein besonderer Dank für die sorgfältige, auch typographische Aufbereitung des Textes geht an die Praktikanten unseres Büros in Neu Delhi, Jakob Littmann und Steffen Rohkohl. Ich freue mich, dass wir John gewinnen konnten diesen provokanten Text zur Diskussion zu stellen!

Neu Delhi, im Herbst 2011

Dr. Carsten Krinn
(Regionaler Repräsentant der RLS in Südasien)

I. Demokratie zwischen Volksherrschaft und Klassenantagonismus

1. *Rechtsherrschaft und Friedfertigkeit*

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit totalitärer Herrschaft im Europa des 20. Jahrhunderts wird die Demokratie als beste aller politischen Systeme angesehen. So werden ihr Volkssouveränität und Einhaltung der Menschenrechte, gelegentlich sogar eine inhärente Kriegsunfähigkeit³ attestiert. Angesichts solcher optimaler Zuschreibungen nahm der Westen die Forderung nach Demokratie in seine geopolitische Strategie auf: zur Destabilisierung der realsozialistischen Länder zu Zeiten des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz,⁴ danach als Legitimation für militärische Interventionen zwecks *regime change*, zuletzt im Nahen Osten.

Aufgrund seiner Strukturprinzipien und Institutionen wird Demokratie als Bollwerk gegen (dauerhaften) Machtmissbrauch und Willkürherrschaft verteidigt. Angeführt werden dabei vor allem Gewaltenteilung, Regierungskontrolle durch parlamentarische Opposition, Verfassungskonformität, Rechtsherrschaft, öffentliche Meinung und Medien sowie schließlich die in regelmäßigen Wahlen erfolgende Rückgabe der Macht an den Souverän, das Volk. Gegenüber Volksdemokratien und Einparteiensystemen wird die Mehrparteiendemokratie privilegiert, da gerade sie der Vielfalt und Heterogenität von Kulturen, sozialen Gruppen und Interessen gerecht werde. Parteienpluralismus im Verbund mit dem Repräsentativsystem werden als synonym mit »Demokratie« gesetzt, gelten sie doch als deren wesensadäquate Realisierungsstrukturen.

Politische Parteien unterscheiden sich danach primär ideologisch-programmatisch. Sie stützen sich auf beziehungsweise wenden sich an spezifische, durch ihre Klassenlage bestimmte ökonomisch-gesellschaftliche Interessengruppen. Damit wird Raum für die Artikulation von Partikularinteressen geschaffen, die in dem Streben nach der Besetzung von Herrschaftspositionen zugleich zur Aufhebung beziehungsweise zum Kompromiss einladen. Das Damoklesschwert des Machtverlusts bei Wahlen fördert die prinzipielle Orientierung am Gemeinwohl als Richtschnur von Regierenden. Der Kampf um Einfluss und zeitlich befristete,

3 Zur 'Theorie vom demokratischen Frieden' vgl. B. Mesquita/D. Lalman 1992. Z. Maoz/ B. Russett in: APSR vol. 87, 3, 1993: S. 624-638. V. Rittberger in: APuZ B44/87 1987: S. 3-12.

4 Vgl. den 3. Korb der Schlussakte von Helsinki 1975 im Rahmen der KSZE; cf. auch Krieg der USA gegen das Sandinistische Nicaragua bzw. das castristische Kuba.

delegierte Macht wird in friedliche Konkurrenz kanalisiert, wobei die institutionalisierte Chance zum künftigen Machtwechsels zu Gunsten der heutigen Opposition die Einhaltung der demokratischen Spielregeln und die Akzeptanz der aktuell herrschenden Regierungsmehrheit garantiert.

2. Demokratie und Marktwirtschaft

Über die machtpolitische Dimension hinaus wird ein enger Zusammenhang zwischen »freier Marktwirtschaft« und Mehrparteiendemokratie theoretisch abgeleitet. Diese entspreche als Ursache und Resultat auf der Ebene der politischen Institutionen einer auf Privateigentum und Profitmaximierungskalkül fußenden Wirtschaftsordnung. In den internationalen Beziehungen wurde daraus eine Kongruenz postuliert, wie sie aktuell gegenüber der »sozialistischen Marktwirtschaft« unter Führung der kommunistischen Partei in der VR China eingefordert wird. Mit Erfolg wurde dies bereits im Konflikt mit dem Nicaragua der Sandinisten erprobt, als die Forderung nach Demokratie die interne Oppositionsfront stärkte und zusammen mit der militärischen Intervention Washingtons zum Sturz der Regierung führte. Gemeinsam mit der „Soros Foundation“ wandte die seinerzeit aus der Taufe gehobene „National Endowment for Democracy“ (NED) dieselbe Strategie auch bei der Zersetzung der postsowjetischen Regimes in der Ukraine und Georgien an.⁵

In einer wirtschaftlich vom Neoliberalismus und politisch vom Wunsch nach mehr Partizipation gekennzeichneten Welt erweist sich die Forderung nach Demokratie als wirksames Mittel in der Auseinandersetzung um geopolitischen Einfluss zwecks Öffnung der Märkte und Schützenhilfe für eine ‚liberale‘, dem Westen zuneigende Opposition in Ländern mit eher unabhängiger oder der Triade gar feindlich gegenüberstehenden autoritären Regierungen.

3. Demokratie und gesellschaftliche Evolution

Ein Blick in Philosophie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zeigt jedoch, dass die heute mit Demokratie assoziierten Werte und Institutionen durchaus nicht zu ihren Grundprinzipien gehören. Die amerikanischen und französischen Menschenrechtserklärungen von 1776 und 1789ff sprachen formell zwar im Namen der Menschheit und gegen die religiös-ideologisch begründeten und sozial institutionalisierten Ungleichheiten ihrer feudalen beziehungsweise kolonialen Gesellschaft. In der Praxis aber klagten sie das Naturrecht und die damit assoziierten Werte von Freiheit und Gleichheit allein für das Besitzbürgertum ein.

5 Vgl. W.I. Robinson 1992.

Frauen, Sklaven und Arme waren bewusst aus diesem Kreis ausgeschlossen. Der Staat gehörte den Steuer zahlenden Bürgern. Er war zu ihrem Schutz und zur Wahrung ihrer Interessen bestimmt, weshalb sie über Einsetzung wie Absetzung der Inhaber von Herrschaftspositionen zu entscheiden, sich vorbehielten, gar ein Recht auf Widerstand reklamierten. Jenseits aller politischen Formen durchzieht dieser Grundcharakter des bürgerlichen Staates, die Besitz- und Aneignungsinteressen einer Minderheit zu garantieren, als systemkonstitutives Moment die historischen Epochen. Hatte die »Ableitungsdebatte« theoretisch die (Mehrparteien-)Demokratie als der kapitalistischen Produktionsweise homologes politisches System aufgewiesen,⁶ so belegte die Entwicklung von Faschismus und Diktatur zu Zeiten der schweren kapitalistischen Wirtschaftskrisen des 20. Jahrhunderts, dass sie nur eine Spielart bürgerlicher Herrschaft darstellt.

Auch wenn heute das allgemeine Wahlrecht ebenso wie der ökonomische und soziale Interventionsstaat als quasi essentielle Momente der modernen Demokratie herausgestellt werden, waren sie in Wirklichkeit Errungenschaften der nicht-bürgerlichen Klassen. Diese entfalteten sich in langwierigen, oft blutigen sozialen Kämpfen im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus und der dadurch verursachten Auflösung ländlich-feudaler Bande wie Subsistenz orientierter Familienbetriebe. Einmal strukturell konstituiert, organisierte man sich als Klasse im Bewusstsein eines kollektiven Lebensschicksals im Kontext der bestehenden Gesellschaftsordnung und gegenüber anderen sozialen Gruppen. Damit war der Weg für politische Forderungen nach Ausdehnung der bürgerlichen Rechte, nach Teilhabe und Organisationsfreiheit der besitzlosen Masse geebnet. Bleibt zu ergänzen, dass sich diese sozialstrukturelle Neukonfiguration zusammen mit der Entwicklung des Kapitals, der Eroberung des inneren Marktes und der Konstituierung als Nation herauskristallisierte.

Der Widerstand der Bourgeoisie und ihres, auf bewaffnete Sicherheitskräfte gestützten Staates zeugen von dem Bewusstsein des der kapitalistischen Gesellschaft innewohnenden antagonistischen Widerspruchs. Es gewinnt konkrete Gestalt in der Angst, mit der Ausweitung des Wahlrechts die politische Herrschaft an die nicht-bürgerliche Bevölkerungsmehrheit zu verlieren. Mehr noch, dieser ein Mittel zur legalen Aushebelung, wenn nicht zum friedlichen Umsturz der gesamten vorherrschenden Ordnung an die Hand zu geben.

Historisch aber zeigte sich bald, dass der Widerspruch zwischen »politischer« Demokratie als Delegation der Herrschaft durch die Mehrheit nicht notwendig auch von der Einforderung nach »sozialer« Demokratie begleitet wird. So bleiben hinter dem Schleier der formell politischen Machtausübung durch die Mehrheit der in den Produktionsverhältnissen verankerte Klassencharakter und mit ihm die Herrschaft der Bourgeoisie verborgen. Er wird durch eine Vielzahl von Mechanismen,

6 Die Ableitungsdebatte argumentiert (a) vom klassischen Basis-Überbau Verständnis aus und leitet (b) die Wesensgleichheit von Demokratie und Kapitalismus aus der Zirkulationssphäre und damit der Gleichheit und Freiheit der Marktteilnehmer als Warenbesitzer ab.

angefangen vom Repräsentativitätsprinzip über die Kontrolle der Verfassungskonformität von Parteien, von Programmen und Gesetzen sowie die Reduzierung politischer Partizipation auf einen bloßen Wahlakt aufrechterhalten. Die in der Folge einsetzende alltägliche stumme Folgebereitschaft wird durch den Ökonomismus der Gewerkschaften neben der institutionellen Kooptation ihrer Führungen vertieft. Sie wird erhärtet durch die sich formell auf Presse- und Meinungsfreiheit als zentrale Menschenrechte berufende Medien, die typischerweise als private Unternehmen hoch konzentriert, bürgerliche Ideologie und Werte verbreiten, und selbst als ‚öffentliche‘ die Ansichten des polit-ökonomischen »Mainstream« und der »political correctness« verbreiten.⁷ Das Gefühl der polit-ökonomischen Alternativlosigkeit zur Marktwirtschaft wird noch durch die ‚individuelle‘ Notlagen ausgleichende Wirkung der Sozialsysteme und die (privilegierte) Stellung der Nation in der internationalen Arbeitsteilung zementiert. Nicht zu unterschätzen ist schließlich die dem Kapitalismus analoge und ihn stabilisierende Internalisierung spezifischer Werthaltungen, Einstellungen und Verhaltensweisen (Sozialcharakter).

Der Grundwiderspruch in Gestalt eines antagonistischen Klassenkonflikts bleibt, weil systemisch konstituiert, objektiv unaufhebbar. Aber er ist auf Zeit kontrollierbar, wie die Regulationstheorie gezeigt hat. Danach ist es gerade zentrale Aufgabe der Politik/des Staates, diesen Konflikt nicht zuletzt nach Maßgabe der bestehenden Kräfteverhältnisse zwischen den sozialen Gruppen und Klassen mit allen Mitteln, von Repression bis hin zur Kollusion⁸ beziehungsweise Kollaboration, zu steuern beziehungsweise einzudämmen.

Zusammenfassend lässt sich bürgerliche Demokratie ‚systemisch-institutionell‘ unter drei Aspekten charakterisieren: (a) bezogen auf Wahlvolk und Parlament ist sie ‚der Form nach‘ ein System der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit; trotz allgemeinem Wahlrecht ist sie (b) ‚ihrem Wesen nach‘ Herrschaft einer (schrumpfenden) Minderheit von Kapitalisten über die Mehrheit der abhängig Beschäftigten; als solche hat sie (c) die Aufgabe, die ihr zugrunde liegende ausbeuterische, weil auf der unbezahlten Aneignung fremder Arbeit beruhende, Produktionsweise und das damit verbundene Klassenverhältnis nicht nur zu reproduzieren, sondern die Bedingungen der Akkumulation zu verbessern.

In historischer Perspektive ist festzuhalten: die bürgerliche Demokratie stellt (a) einen sozial-historischen Fortschritt dar. Sie setzt sich (b) nicht automatisch, sondern als Ergebnis sozialer Kämpfe durch, wobei sie als politischer Ausdruck die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise fungiert. So wurden erst mit der »demokratischen Revolution« die feudalen sozialen Beziehungen endgültig zerschlagen. (c) Wie der Kapitalismus so erscheint die Demokratie als historisch notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer unentfremdeten Gesellschaft.

7 Vgl. dazu A. Müller 2010.

8 Unerlaubtes gemeinsames Vorgehen zum Schaden eines Dritten.

II. Demokratischer Aufbruch in Südasien

1. Die aktuelle Situation

Ein grundlegender Paradigmenwechsel kennzeichnet die internationale Politik des 21. Jahrhunderts. Seine beiden wichtigsten Merkmale sind der wirtschaftliche Aufstieg vor allem der bevölkerungsreichen Länder des Südens begleitet vom (relativen) Niedergang des Westens sowie der weltweite Prozess der Demokratisierung. Südasien mit seinen, um das demographische und ökonomische Kernland Indien herum gruppierten Nationen Pakistan, Nepal, Bangladesh, Bhutan und Sri Lanka,⁹ bildet da keine Ausnahme. Bis ins 18. Jahrhundert hinein weltweites Vorbild für Reichtum und Kultur und eines der Zentren der Weltökonomie wurde der Subkontinent seit Beginn des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss des britischen Kolonialismus grundlegend transformiert. Die europäische Fremdherrschaft veränderte nachhaltig alle sozial-ökonomischen Strukturen hin zu ‚unterentwickelten‘ Ländern, drückte Rechtswesen und politischen Systemen bürgerliche Inhalte im Gewand britischer Traditionen auf.

Seit der Unabhängigkeit nach dem zweiten Weltkrieg wurden diese demokratischen Institutionen aufbauend auf britischem Erbe und dem einheimischen *panchayat*-System (Dorfdemokratie) weiterentwickelt. Heute gelten die USA als älteste, Indien als größte Demokratie der Welt. 13 mal, zuletzt 2009, wurden freie und geheime Wahlen in dieser repräsentativen Mehrparteiendemokratie mit über 1,1 Milliarden Menschen durchgeführt. In Sri Lanka wurden auch während eines erst im Mai 2009 beendeten 25-jährigen Bürgerkrieges bis heute 15 Parlaments- und fünf Präsidentschaftswahlen, beide zuletzt Anfang 2010, abgehalten. In Nepal, neben Bhutan und Sikkim, ein nie direkt kolonialisiertes Königreich im Himalaja, wurde die absolute Monarchie durch zunehmend erweiterte demokratische Rechte für das Volk zunächst eingegrenzt. Im Gefolge eines zehnjährigen Bürgerkriegs wurde sie in jüngster Zeit zu Gunsten einer Republik ganz abgeschafft; der gleichzeitig begonnene Prozess zur Erarbeitung einer neuen Verfassung ist noch im Gange. In Pakistan und Bangladesh wechselten demokratisch-parlamentarische Regierungen mit langen Phasen der Militärdiktatur, bis erneut die Demokratie triumphierte. Pakistan wird seit 2008 von einer Parteienkoalition regiert, wohingegen in Bangladesh schon länger gewählte Regierungen amtieren.

Regelmäßig stattfindende, faire, freie und geheime Wahlen unter miteinander konkurrierenden Parteien gelten als Prüfstein für Demokratie, optimaler politischer

9 Geographisch werden auch die Malediven gemeinhin als zu Südasien gehörig betrachtet; die Inselgruppe wird jedoch im Folgenden nicht in die Betrachtung einbezogen.

Rahmen für friedliche innergesellschaftliche Konfliktaustragung, ja als Garant für wirtschaftliche Entwicklung. Daran gemessen, muss Südasiens als Vorbild angesehen werden. Hier hat sich erwiesen, dass Unterentwicklung und verbreitete Armut kein Hindernis für demokratische Willensbildung und Regierung sind.

Diese nicht zuletzt im Westen und besonders bei Regierungen verbreitete Einschätzung ist reiner Formalismus und hat mit der Wirklichkeit wenig gemeinsam. Es wird im Gegenteil die These formuliert, dass die repräsentative Mehrparteiendemokratie nicht nur eine Institution von Herrschaft und Klasseninteressen ist, sondern im Kontext peripher-kapitalistischer Formationen wesentlich zur Spaltung der Gesellschaft und gewalttätigen Austragungen politischer Konflikte beiträgt.

2. Politische Herausforderungen und koloniales Erbe

Trotz aller berechtigten Vorbehalte gegenüber Verallgemeinerungen und trotz aller Verschiedenheit bezüglich Geschichte und Kultur, Größe und wirtschaftlicher Entwicklung teilen die Länder Südasiens gemeinsame Züge, die im Folgenden systematisiert und theoretisch verortet werden sollen.

- (1) Entscheidend für ihre politisch-administrativen Strukturen und Institutionen war die englische Kolonialherrschaft in der Phase des industriellen Kapitalismus.¹⁰
- (2) Auf dem Hintergrund der Fremdherrschaft bildete sich eine indigene politische Bewegung heraus. In den Anfängen von modernen Eliten mit Forderungen nach größeren beruflich-wirtschaftlichen Teilhabechancen sowie mehr politischer Autonomie getragen, ergaben sich im Wechselverhältnis mit den (Re-)Aktionen der Kolonialmacht zunehmend radikale Veränderungen. Dabei spielte der Widerspruch zwischen den proklamierten Idealen der Briten und der kolonialen Wirklichkeit eine gewichtige Rolle. So kontrastierte der von Rassismus, Repression und Ausbeutung geprägte Alltag mit den Grundwerten der bürgerlichen Revolution von Freiheit, Gleichheit, Privateigentum und Brüderlichkeit sowie den Vorstellungen von Menschenrechten als Bürgerrechten.

10 Dies gilt auch, wenn Dauer und Herkunft der europäischen Kolonialherren variierten, wie im Falle Ceylons/Sri Lankas, das vor den Engländern jeweils rund 150 Jahre zuerst von Portugiesen, dann von Holländern beherrscht wurde. Ähnliches lässt sich für die ‚Halbkolonien‘ sagen, d.h. jene Regionen, die nicht direkt zu British India gehörten, wie Nepal oder Hyderabad.

- (3) Für die sich formierende Widerstandsbewegung lieferte England die institutionellen Formen und Mechanismen der politischen Willensbildung generell, das politische Modell von Demokratie (Westminster) speziell. So wurde das allgemeine Wahlrecht im Verbund mit einem Mehrheitswahlsystem in der Form des *first past the post* oder *winner takes all*, häufig auch trotz Gewaltenteilung der prinzipielle Vorrang des Parlaments übernommen.
- (4) Die multi-ethnischen und multi-kulturellen Gesellschaften wurden erst durch die Engländer (beziehungsweise unter deren Einfluss) unter eine einheitliche Verwaltung und ein einheitliches Gesetz gestellt und mit den ideellen, wenn nicht materiellen Grundlagen eines modernen Staatswesens, wie immer kolonial deformiert, ausgestattet. Die postkolonialen Regierungen sahen sich auf diesem Hintergrund drei zentralen Herausforderungen gegenüber: (a) die Ökonomie an Binnenmarkt und Industrialisierung zwecks Entwicklung und Bedürfnisbefriedigung der eigenen Bevölkerung umzuorientieren; (b) Staat und Justiz von kolonialer Herrschaftssicherung zum Garant von sozialer Gleichheit und Sicherheit und Motor ökonomischen Fortschritts zu transformieren. Schließlich (c) im ‚gesellschaftlichen‘ Bereich einen Prozess des inklusiven *nation-building* zu initiieren. Ein ‚säkularer‘ sowie ‚interventionistischer‘ Staat sollte im Rahmen eines ‚demokratischen‘ Mehrparteiensystems die Bedingungen dazu schaffen.

Als Erstes aber ging es darum, den neuen Nationalstaat hinsichtlich seiner territorialen Grenzen wie der Definition seiner Staatsbürger selbst zu konstituieren. Und trotz aller demokratischen Vorgaben wurde die politische Unabhängigkeit der beiden Nachfolgestaaten Pakistan und Indien mit Millionen Toten und Vertriebenen in Blut und Elend getauft. Kaschmir ist bis heute eine zwischen den beiden Ländern heftig umkämpfte Region, ohne dass der unmittelbar betroffenen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt würde. 1971 wurde Bangladesch unterstützt durch Indien nach Jahren der Unterdrückung durch Westpakistan und Millionen Flüchtlingen im Gefolge eines Krieges aus der Taufe gehoben. Der erste Parlamentsakt des unabhängigen Ceylon war die Aberkennung von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht der Plantagenarbeiter indischer Herkunft.¹¹

11 Das gleiche Schicksal droht den Bhutanesen nepalesischer Abstammung (Kharat 2007).

III. Janusköpfige Auswirkungen der Volksherrschaft

1. *Aufstieg der traditionell Deklassierten*

Als erstes muss die durch das allgemeine Wahlrecht und regelmäßig stattfindende Wahlen ausgelöste soziale und politische Mobilisierung der ganzen Bevölkerung hervorgehoben werden. Verstärkt noch durch eine aktive Politik der Chancengleichheit leitete der postkoloniale Staat eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Von ihr profitierten gerade die traditionellen Unterschichten, vor allem Stammesangehörige und Unberührbare. Deren religiös untersetzte kollektive Diskriminierung basierend auf niedrigem Kasten- und ausgebeutetem Berufsstatus wurde nicht nur für ungesetzlich erklärt, sondern zugleich eine Quotierung zu ihren Gunsten in Erziehung, Verwaltung und Politik (z. B. ein Viertel der Parlamentssitze) eingeräumt. Ein gemeinsames Bewusstsein kollektiven Schicksals bildete sich aus, das in der Gründung eigener Parteien gipfelte. Aufgrund der großen Zahl ihrer Wähler betrieb die aus ihren Reihen hervorgegangene moderne Elite eine erfolgreiche Interessenpolitik, in einzelnen indischen Bundesstaaten übernahm sie sogar die Regierung.

2. *Kulturelle Entkolonialisierung*

Das Projekt des inklusiven *nation-building* wurde schon früh auf die Probe gestellt. Der Befreiung vom kolonialen ‚politischen‘ Joch sollte alsbald auch eine ‚kulturelle‘ folgen. Auf die Bedeutung und Rolle des Englischen als verbindlicher Sprache in der Verwaltung, im höheren Ausbildungswesen, etc. richtete sich dabei das besondere Augenmerk. Dieses augenfälligste Symbol der Fremdherrschaft galt es durch eine einheimische Nationalsprache (Hindi, Urdu, Nepali, Sinhala) zu ergänzen beziehungsweise zu ersetzen. Neben seiner proklamierten ideologischen Funktion hatte das Projekt der »kulturellen Entkolonialisierung« jedoch eine doppelte soziale Komponente. Es stellte einen Angriff der aufsteigenden, in den einheimischen Sprachen sozialisierten Mittelschichten gegen die traditionellen Eliten dar. Diese monopolisierten durch ihre Kenntnis des Englischen, das sie typischer Weise in englischsprachigen Privatschulen erlernt hatten, die wichtigsten Positionen. Diesem Klassenaspekt gesellte sich eine die Gesellschaft horizontal spaltende Dimension hinzu. Denn in diesen multi-kulturellen Ländern gab es keine einheimische *lingua franca*, die qua ihrer landesweiten Verbreitung die Rolle der Nationalsprache hätte übernehmen können. Die Einführung der Sprache der

zahlenmäßigen Mehrheit zog daher eine neue gruppenspezifische und regionale Privilegierung beziehungsweise Diskriminierung nach sich, die häufig zu gewalttätigen Konflikten führte.¹²

3. Tyrannei der Mehrheit

Schon in den ersten Einrichtungen begrenzter Mitbestimmung während der Kolonialzeit hatte sich bei den Minderheiten die Befürchtung verbreitet, sich unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts, noch verstärkt durch ein reines Mehrheitswahlrecht, ohnmächtig einer Zukunft der systematischen Unterrepräsentanz, wenn nicht »Tyrannei der Mehrheit« (Tocqueville) ausgesetzt zu sehen. Nicht zuletzt diese Überlegungen veranlassten Muhammad Ali Jinnah, Rechtsanwalt und einer der führenden Köpfe des im 1885 gegründeten Indian National Congress, diesen zu verlassen und zunächst eine eigene Partei für die indischen Muslime zu gründen, dann in einem weiteren Schritt die Forderung nach einem eigenen Staat zu erheben. Seine „Theorie der zwei Nationen“, die im zu gründenden post-kolonialen, die ethnisch-kulturelle Mehrheit zur dauerhaften Dominanz verhelfenden »Nationalstaat« nicht friedlich miteinander leben und gedeihen können, führten 1947 zur staatlichen Trennung: Indien für Hindus und Pakistan als Heimstätte für die indischen Muslime. Ganz ähnliche Strukturen liegen den Sezessionsbestrebungen der Nagas im Nordosten Indiens oder der Balutsch in (West-)Pakistan zu Grunde. Gleiches gilt für die Tamilen in Sri Lanka in ihrem Kampf für ein selbständiges Tamil Eelam.

Der Theorie der Demokratie vom friedlichen Ausgleich zum Trotz ist es innerhalb existierender politischer Institutionen offenbar oft nur unzureichend gelungen, die verschiedenen ethnisch-kulturellen Divergenzen in einer übergreifenden Identität aufzuheben. Manche entwickelten sich im Gegenteil zu militärischen Konfrontationen. Inwieweit sich diese Tendenz durchzusetzen vermag, hängt zunächst vor allem davon ab, ob sie subjektiv und völkerrechtlich als Nationen/Nationalitäten oder lediglich als Minoritäten zu betrachten sind.¹³

12 So wehrte sich in Indien mit seinen 1652, vier ganz verschiedenen Sprachgruppen zugehörigen Einzelsprachen, von denen 18 (von 87% der Menschen gesprochen) als ‚offizielle‘ anerkannt sind, die dravidisch sprechende Bevölkerung im Süden des Landes gegen das im Norden verbreitete, den indo-europäischen Sprachen zugehörige Hindi als Nationalsprache. Ähnliches gilt für Pakistan, in dem sich die Bengali sprechenden Ostpakistani gegen die Einführung des nur im Westen des Landes gesprochenen Urdu als Nationalsprache auflehnten. Auch Sri Lanka macht keinen Unterschied: hier wurde die Erhebung des Singhalesischen zur Nationalsprache zum ersten Anstoß des späteren Kampfes der Tamilen für einen eigenen Staat.

13 Nach internationalem Recht haben Völker (Nationen), die sich durch gemeinsames Schicksal, Sprache, Religion, Kultur, und vor allem ein zusammenhängendes typisches Siedlungsgebiet konstituieren, das Recht auf kollektive Selbstbestimmung. Minoritäten, die anders als Völker keine durchgängige Arbeitsteilung aufweisen und vor allem verstreut leben, verfügen dagegen lediglich über individuelle Rechte, inkl. Versammlungs-, Religions- und Organisationsfreiheit. Vgl. R. Wolfrum 1991.

Darüber hinaus kommt es auf Vielfalt, Verteilung und Bevölkerungsanteil der einzelnen Volksgruppen an. Schließlich spielen Kräfteverhältnisse und Wählerbasis der wichtigsten Parteien bei den Möglichkeiten friedlichen Ausgleichs eine zentrale Rolle. So haben in Indien sub-nationalistische Bewegungen zur Formierung einer Vielzahl ‚regionaler‘ Parteien geführt. Andererseits wurden seit Mitte der 50er Jahre in Indien solche (potentiellen) Konflikte durch die Gründung immer neuer Bundesstaaten auf sprachlicher beziehungsweise ethnischer Basis bei gleichzeitiger Kooptation der Eliten entschärft.¹⁴ Vor allem in Pakistan und Sri Lanka dominieren dagegen ethnisch fundierte Parteibildungen auf nationaler Ebene, wobei eine wachsende Militanz in der politischen Konkurrenz zu beobachten ist. Dazu trug sicherlich bei, dass die Bevölkerungsmehrheit sich als einzig authentische Vertretung der Nation fühlt und den Staat für ihre materiellen Interessen zu instrumentalisieren suchte.

4. Vom „nation-building“ zum exkludierenden „kulturellen Nationalismus“

In allen Ländern lässt sich eine Aufweichung beziehungsweise Abwendung vom säkularen Staat zu Gunsten eines zunehmend religiös verankerten Fundamentalismus feststellen. Aus den Gründerjahren stammende Minoritätenrechte, handele es sich nun um mehr politisch-administrative Autonomie, das Zugeständnis eines eigenen Zivilrechts (wie Familien- und Erbrecht) und/oder Maßnahmen zur Verbesserung der Aufstiegschancen unterprivilegierter Gruppen (Quotierung), werden heute umgekehrt als ungerecht und Diskriminierung der Mehrheitsbevölkerung im Wettbewerb auf dem hart umkämpften Stellenmarkt, wenn nicht als Bedrohung des eigenen Status bekämpft. Bestes Beispiel ist der Aufstieg der hindunationalistischen Indischen Volkspartei (BJP) seit den 1990er Jahren zur Machtalternative gegenüber der jahrzehntelang dominierenden Congress Party. Die von der BJP getragene *hindutva* (Hindutum)- Bewegung hat ihr direktes Pendant bei den Sinhala Buddhisten (*buddhatva*) in Sri Lanka. Auf ähnlicher Grundlage basiert die Einführung des *islamic banking* oder der Scharia in Pakistan und Bangladesh als einziger Rechtsquelle. Offiziell als »kultureller Nationalismus« verteidigt, signalisieren sie eine generell wachsende Fundamentalisierung der Gemeinwesen. Doch ihre soziale Bedeutung geht weiter. Mit den Grundlagen des Staates und der nationalen Identität einseitig religiös überformt, wird die prinzipielle Gleichheit der Bürger ausgehebelt, Minderheiten zu Bürgern zweiter Klasse gemacht. Ihr essentieller und exkludierender Charakter verschärft systematisch politische Konflikte, ruft Widerstand und im Gegenzug wachsende staatliche Repression hervor. In allen Fällen waren es politische Parteien, die – sei

14 Mit dem Ergebnis einer Verdoppelung der Bundesländer auf aktuell 28.

es aus ideologischen, sei es aus machtpolitischen Erwägungen – kommunalistische Vorurteile bis zur Gewaltanwendung geschürt, eine führende Rolle in der dauerhaften Etablierung dieses ausgrenzenden kulturellen Nationalismus der Mehrheit gespielt haben. Nicht nur konservative beziehungsweise rechtsextremistische auch sozialdemokratische Gruppen, gelegentlich sogar die marxistische Linke, waren darin involviert. Beispiele für linke Regierungen liefern die Verfassungsreform von 1972 in Sri Lanka mit ihrer Privilegierung des Buddhismus und der Singhalesen oder die von Bhutto und seiner „Pakistan People's Party“ (PPP) initiierte Stigmatisierung und Verfolgung der muslimischen Gemeinde der *Ahmadis*. Als klassischer Fall rechter Politik lässt sich die Indische Volkspartei mit ihrem landesweiten Demonstrationszug aus dem Jahr 1992 gefolgt von der Zerstörung der Moschee in Ayodhya gepaart mit landesweiten Hindu-Muslim Agitationen anführen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Wenn die Protagonisten der Demokratie deren integrativen und friedlichen Charakter bei gesellschaftlichen Konflikten hervorheben, finden wir in Südasien eher das Gegenteil. So wurden demokratische Institutionen und Verfahren bereits bei der Frage der Definition der Nation, und damit der Staatsbürgerschaft, sowie der territorialen Grenzen angewandt. Doch wurden sie zur Ausgrenzung von Minoritäten und Instrumentalisierung des Staates zur Beförderung der Partikularinteressen der Mehrheit genutzt. Politische Parteien profitierten dabei häufig genug, indem sie ethnisch-kulturelle Vorurteile schürten, aus Machtkalkül die Spaltung der Gesellschaft vertieften.

Dahinter verborgene klassenspezifische Interessen wurden marginalisiert beziehungsweise kaschiert. So wurde 1948 mit dem Entzug der Staatsangehörigkeit der indischen Tamilen als einem der ersten Akte des eben unabhängig gewordenen Sri Lanka die von ihnen getragene proletarisch-kommunistische Bewegung des Landes faktisch eliminiert. Denn mit diesem Gesetzesakt wurden die von ihnen getragenen linken Parteien auf Gewerkschaften reduziert, die ceylonische Arbeiterschaft, deren harten Kern die indischen Immigranten auf den Plantagen stellten, gespalten. Im Zuge der fortschreitenden Ethnisierung der gesellschaftlichen Konflikte wurden fast überall die linken Parteien marginalisiert. Sie verloren an personeller und ideologisch-programmatischer Substanz und mit mangelnden Ressourcen auch politische Zugkraft. Umgekehrt reden die Befürworter des »kulturellen Nationalismus« einer mythischen Volksgemeinschaft aller wahren Muslime, Sinhala Buddhisten oder Hindus, eingeschlossen der Unberührbaren, das Wort. Ihr wichtigstes Aktionsfeld sind die Städte. Ihre wichtigsten Unterstützer finden sie bei den modernen Mittelschichten, ihr Fußvolk unter den entwurzelten Landflüchtigen beziehungsweise deren Konkurrenz fürchtende Einheimische.

IV. Prävalenz der Exekutive und des Zentralstaats – Schwäche der Parteien

1. Historische und strukturelle Bedingungen

Historische, ideologische und ökonomische Faktoren favorisieren in den Staaten des Südens eine starke Exekutive. Für diese Entwicklung ist zunächst das Erbe des kolonialen Staates verantwortlich. Dessen vornehmste Funktion, Machterhalt zunächst über die Kolonisierten und später Instrument im Kampf der Einheimischen gegen die Fremdherrschaft, stärkten die Zentralisierung von Ressourcen und Kompetenzen. Mit der Unabhängigkeit wird diese Tendenz angesichts der Schwäche des einheimischen Kapitals wie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsimperative untermauert. Schließlich galt es, die gesellschaftlichen Verhältnisse rechtlich, sozial und ordnungspolitisch zu revolutionieren, ein funktionsfähiges Sozial- und Gesundheitssystem aufzubauen. Die Wirtschaft musste stärker am Binnenmarkt ausgerichtet, die Investitionstätigkeit angekurbelt, neue Industrien gegründet, über Produktionsstandorte und Arbeitsplätze entschieden werden. Dass solche umfassenden Entwicklungsaufgaben dem Staat zufielen, dessen Lenkungsfunktion und aktive Intervention in Form von Sozialeinrichtungen und Staatsunternehmen erforderte, war ökonomisch geboten, sozial gefordert und entsprach den vorherrschenden Ideen der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Anders als es die klassische materialistische Theorie vom Staat als Phänomen des Überbaus konzeptualisiert, ist der Entwicklungsstaat primärer Agent des Wandels, essentieller Teil der Basis selbst, dem angesichts der unausgebildeten Produktionsverhältnisse und heterogenen Gesellschaftsstrukturen eine ‚bonapartistische‘ Rolle zufällt. So überrascht es wenig, dass überall einem starken Zentralstaat Vorrang eingeräumt wurde.

Dies gilt trotz seiner föderalen Verfassung auch für Indien, selbst wenn die Gründung immer neuer Bundesstaaten das Gegenteil nahe legt.¹⁵ Denn der Föderalismus ist schwach, insofern neben und über den Landesregierungen ein vom Bund eingesetzter Gouverneur als oberste Instanz waltet. Dessen Recht, Landesregierungen aufzulösen und der Unionsregierung die Direktverwaltung zu übertragen, wurde über 100-mal wahrgenommen. Diese administrative

15 Die in den 50er Jahren erfolgte sprachliche Neugliederung mit der Gründung von Andhra Pradesh, Maharashtra, Gujerat und Haryana setzt sich bis heute als Mittel zur Befriedung aufrehrerischer, mehr Selbstbestimmung fordernder Stämme fort: nach Mizoram, Nagaland und Meghalaya im Nordosten kamen zuletzt im Norden Jharkand, Chhattisgarh, Uttarakhand hinzu.

Unterordnung wird durch die ausgeprägte finanzielle Abhängigkeit der Länder von der Zentralregierung sowie verschiedene, lokal eingesetzte, aber Neu-Delhi unterstehende Sicherheitskräfte zementiert. Dabei ist Indien eher ein Sonderfall. So wehrten sich die jeweiligen Bevölkerungsmehrheiten beziehungsweise politischen Eliten der anderen Staaten Südasiens, ihrerseits die Heimat einer Vielzahl von Minoritäten und Völkern, gegen föderale Verfassungen aus Furcht, interne Autonomie für Minderheitennationen sei nur ein erster Schritt zur Sezession.

Ein doppeltes Demokratieproblem nach Maßgabe des Grundprinzips der Gewaltenteilung zeichnet sich hier ab: (a) der Aspekt der Devolution von Macht zwischen Zentralstaat und nachgeordneten Selbstverwaltungseinheiten (Bundesstaaten/Provinzen); er ist vor allem dort konfliktträchtig, wo die letzteren mit Nationalitätengrenzen zusammenfallen; und (b) die Unabhängigkeit der Institutionen. So gerät die Gewaltenteilung in Gefahr, zur bloßen Form zu verkommen, wenn Legislative und Judikative faktisch von der Exekutive abhängig und damit den Politikinteressen der jeweils Regierenden untergeordnet werden.

2. Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft

Nach einer ersten Periode der Unabhängigkeit gekennzeichnet durch die Dominanz einer einzigen politischen Formation, wie dem indischen Kongress, der „Awami League“ in Bangladesh, der Pakistan People’s Party oder der „United National Party“ in Sri Lanka, haben sich überall ähnliche Trends zur Multiplizierung der Parteien herausgebildet. Vordergründig lässt sich eine solche Entwicklung als Stärkung der Demokratie verstehen, scheint sie doch auf eine Zunahme an Öffentlichkeit und politischem Bewusstsein, an Regierungsalternativen bzgl. Programmen und Organisationen hinzudeuten. Die Wirklichkeit ist komplizierter. So sind heute überall »politische Duopole« bestimmend: in Indien (INC/BJP), in Bangladesh (AL/BNP), in Sri Lanka UNP/SLFP und in Pakistan (PPP/PML-N). In diesem Prozess ist die ursprünglich postkoloniale Ausrichtung am Gemeinwohl dem Kampf um die Macht gewichen. Dieser wird verstärkt, wenn um dieselbe ethnische Wählerschaft gekämpft oder rivalisierende Parteien sich auf verschiedene Volkgruppen als Kerngefolgschaft stützen. Neben den genannten Duopolen als Kern ranken sich vielfältige kleine Parteien, die vor allem als Wahlvereine um einen reichen Kandidaten fungieren und als vornehmstes Ziel, den Zugriff auf staatliche Ressourcen verfolgen. So sind in Indien sechs nationale, 51 regionale und weitere 160 Parteien registriert; in Pakistan zählt man 150. Diese Fragmentierung und Regionalisierung von Parteien resultiert typischer Weise in (a) Koalitionsregierungen mit sehr vielen Partnern,¹⁶ die ein einheitliches Regierungshandeln

16 Beispielsweise besteht die gegenwärtige Regierungskoalition in Katmandu aus 22 Parteien.

eher erschweren, sowie (b) aufgeblähten Kabinetten mit 50-70 Personen im Ministerrang. Da alle ihre Unterstützung vom Zugang zu staatlichen Pfründen abhängig machen, ist Loyalität käuflich, wie das verbreitete Phänomen des *floor-crossing* (Parteiübertritte zu Gunsten derer mit den meisten Ressourcen) belegt.

3. Demokratiedefizite

Als letztes Phänomen ist auf die Demokratiedefizite der Parteien wie des Parlamentarismus als Kehrseite der Stärkung der Exekutive zu verweisen. Als nur in seiner Ausprägung extremes Beispiel mag Sri Lanka (SL) dienen: Hier vereint der Staatspräsident nicht nur die Rolle des Staatsoberhauptes, des obersten Befehlshabers der Streitkräfte und des Chefs der Regierung in seiner Hand, er hat auch das Recht, nach eigenem Gutdünken ein Jahr nach einer Wahl jederzeit das (normalerweise für fünf Jahre gewählte) Parlament aufzulösen. Davon ist anstandslos Gebrauch gemacht worden. Symptomatisch ist auch, dass in SL die meiste Zeit nach der Unabhängigkeit der Ausnahmezustand herrschte, wobei das Parlament ohne zu Zögern diese Aussetzung der Verfassung jeden Monat erneut abgesehnet hat.¹⁷

Auf die typischerweise größtenteils selbstfinanzierten Wahlkämpfe der Kandidaten, die damit privaten Reichtum als erste Bedingung voraussetzen, ist bereits verwiesen worden. Kommt hinzu, dass diese einmal gewählt, sich vornehmlich um den Mittelzufluss zu ihren Wahlkreisen und ihrer lokalen Klientel kümmern. Hatte die Fragmentierung der Parteienlandschaft zusammen mit ihrer Regionalisierung bereits die Partialinteressen gestärkt, wird dies durch die Individualinteressen des einzelnen Abgeordneten noch unterstrichen. Dessen Durchsetzungskraft hängt wiederum von seinem persönlichen Verhältnis zur Parteiführung ab, was deren institutionelle Dominanz auf Kosten mangelnder innerparteilicher Demokratie, inklusive programmatischer Debatten, noch betont.

Darüber hinaus ist eine »Feudalisierung« gerade der großen Parteien zu konstatieren. Sind es in Pakistan die Familienclans der Bhuttos (gestützt auf feudale Bande als Großgrundbesitzer in Sindh) und ihre Gegenspieler aus dem Punjab, die Sharifs, so sind es in Indien die Gandhi/Nehrus, in Nepal die Koiralas, in Sri Lanka die Bandaranaiques und Senanayakes/Jayewardenes beziehungsweise die Rehman in Bangladesh. Sie sind es, die die höchsten Posten im Staat wie privaten Reichtum und Macht regelrecht vererben,¹⁸ die Politik ihres Landes auf Dauer monopolisieren, mag die Theorie der Demokratie auch den Bürger als Souverän, den Machtwechsel zwischen Personen, Parteien und Programmen als Grundprinzipien glorifizieren.

17 Zur Kritik solcher „Abnicker“ bzw. „rubber stamp“ Parlamente vgl. APuZ 19/2010.

18 So bestimmte Benazir Bhutto vor ihrem Tod ihren erst 19-jährigen, in England studierenden, unmündigen Sohn zum Parteivorsitzenden.

V. Kommerzialisierung und Kriminalisierung

Alle Länderanalysen verweisen darauf, dass die jeweiligen Regierungen ihre Macht dazu benutzt haben, die höchsten Ämter in der Verwaltung zu politisieren. Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst werden nach politischen Kriterien vorgenommen; die oberen Beamten durch häufigen Stellenwechsel, in Indien im Durchschnitt einmal im Jahr, gefügig gemacht. Mehr noch, so wie ein öffentliches Amt eine reiche Quelle der Selbstbereicherung (Schmiergelder) und Patronage ist, so werden Einstellungen selbst nur bei entsprechenden Zahlungen vorgenommen. Gegen die mögliche Entlassung korrupter Beamter schützt die Verfassung, die diese von einer entsprechenden Einwilligung des zuständigen Ministers abhängig macht.¹⁹ Der gleiche Prozess der Politisierung gilt für die Sicherheitskräfte, vor allem die Polizei. Häufig gestützt auf Polizeigesetze, die noch aus der Zeit der britischen Kolonialherrschaft stammen, als Politik und Kriminalität untrennbar verbunden waren,²⁰ sind sie bis heute die Handlanger der Mächtigen geblieben. Neben vorrangig ethnischer Rekrutierung (z. B. Punjabis in Pakistan, Singhalesen in Sri Lanka) werden sie von der politischen Führung gern zu politischen Zwecken wie Einschüchterung des politischen Gegners eingesetzt.

1. Privatisierung der Gewalt, Kriminalisierung der Politik

Gewalt, weit davon entfernt ein Monopol des Staates zwecks Erfüllung seiner vornehmsten Aufgabe, nämlich Garant der Sicherheit seiner Bürger und der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung zu sein, wird allzu oft in der parteipolitischen Auseinandersetzung eingesetzt. Es ist ein eingespieltes, vor allem im Umfeld von Wahlen verwandtes Instrument. Selbst die blutigen Pogrome gegen Muslime 2002 im indischen Gujarat oder 1983 gegen die Tamilen in Sri Lanka wurden nachweislich mit Unterstützung der Regierungsparteien durchgeführt.²¹ Dies sind keine Einzelfälle. Untersuchungen haben gezeigt, dass solche blutigen Zusammenstöße oder Anschläge gegen Minderheiten nur vordergründig als spontane Aktionen eines Mobs erscheinen. In Wirklichkeit handelt es sich um sorgfältig inszenierte Attacken durch Parteien beziehungsweise den Staatsapparat, inklusive Bürokratie und Polizei.²² Beleg dafür ist auch, dass die Polizei bewusst

19 Für Indien vgl. Betz in: Informationen z. pol. Bildung – Indien, Nr. 296, 3/2007: S. 32f.

20 Die in Indien und Bangladesch noch gültigen wurden 1861, die in Sri Lanka 1865 erlassen. Bannach 2009: S. 63.

21 Vgl. dazu B.V. Muralidhar zu Indien (S. 337 ff) und von Siri Carriage (S. 143 ff) bzw. John P. Neelsen zu Sri Lanka (S. 179 ff) in: John P. Neelsen/D. Malik (Hrsg.) 2007.

22 Vgl. P. Brass 2003; A. Varshney 2002.

zurückgehalten, spätere Ermittlungen verschleppt, in die falsche Richtung geführt oder gar nicht erst unternommen wurden. Schließlich wurde überall in Südasien ein umfangreicher Sicherheitsapparat aufgebaut, der neben Militär und Polizei auch extra-staatliche paramilitärische Verbände und Milizen umfasst. Zudem sehen alle Verfassungen umfassende und häufig genutzte Notstandsgesetze vor, wobei das Militär auch im Inneren eingesetzt wird. Massive, von Staatswegen zu verantwortende Menschenrechtsverletzungen sind überall notorisch, doch haben die Täter in den Sicherheitskräften angesichts der institutionalisierten Straflosigkeit nichts zu befürchten.

Schließlich sind in Politik und Parlament gelegentlich sogar schwerster Verbrechen angeklagte Volksvertreter vertreten. Für Bangladesch schloss sich der Kreis, als *mastaans* (Gangster) aus der Rolle bewaffneter Bodyguards von Politikern schlüpfen, um selbst erfolgreich für das Parlament zu kandidieren.²³ Kriminalität und Korruption wurden damit hoffähig, wenn nicht legitimiert.²⁴ Selbst unter der Annahme einer unabhängigen Justiz ist diese völlig überfordert. So sind beispielsweise in Indien 25 Millionen unerledigte Fälle bei Gericht anhängig, zu denen jährlich 14 Millionen neue hinzukommen...

Korruption und Verbrechen sind auch den höchsten Staatsdienern nicht unbekannt. So soll Benazir Bhuttos beziehungsweise ihr Mann aus politischen Motiven den Mord an ihrem Bruder angestiftet haben. Beide wurden international der Veruntreuung von Millionen an Staatsgeldern überführt. Ihr Mann Asif Zardari, heute Staatspräsident Pakistans, hatte sich den Beinamen „Mr. 5 bzw. 10%“ wegen seines diesbezüglichen Handgelds bei Staatsaufträgen während der beiden Amtszeiten seiner Ehefrau als Premierministerin ‚verdient‘.²⁵ Der alternierende Premier Nawaz Sharif wurde ebenso wie in Bangladesch die beiden Erzrivalinnen und alternierenden Premiers Sheik Hasina (Tochter von Mujibar Rehman) und Begum Kaleda, Witwe des früheren Präsidenten Zia, wegen Bestechung angeklagt.

„Kriminalisierung bzw. Delegitimierung des Staates“, „Arbiträre Rechtsprechung und verbreitete Menschenrechtsverletzungen“ sowie „Sicherheitsapparat als Staat im Staate“ aber sind drei zentrale Indikatoren für vom Staatszerfall besonders bedrohte Gesellschaften. Mit Ausnahme Indiens weisen die Länder Südasiens im jüngsten *Failed State Index* gerade in diesen Bereichen besonders hohe Werte auf (8-9.5 auf einer Skala von 1-10).²⁶ Sie belegen zunächst eine wachsende Entfremdung der Bevölkerung von der als korrupt und kriminell perzipierten politischen Elite. Es ist nur ein kurzer Schritt von der Delegitimierung aktueller „Repräsentanten des Volkes“ zu der der Demokratie selbst.

23 Vgl. R. Sobhan in: John P. Neelsen/D. Malik (Hrsg.) 2007: S. 119 ff.

24 Vgl. F. Scheidler in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 3/2011: S. 109 ff.
Vgl. auch die von Anna Hazare angeführte, breit unterstützte Anti-Korruptionskampagne (Jan Lokpal) in Indien. International Herald Tribune 31.10.11 bzw. 1.11.2011.

25 Vgl. Ali 2008, S. 206 ff.

26 Siehe Tabelle im Anhang.

VI. Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit in peripheren Gesellschaftsformationen

1. Grundzüge des peripheren Kapitalismus – strukturelle Heterogenität

Marx und mehr noch die Modernisierungstheoretiker gingen davon aus, dass die Länder der Dritten Welt im Zuge ihrer kapitalistischen Durchdringung lediglich einen zeitlich verzögerten Prozess nachgeholter Entwicklung nach dem historischen Vorbild der westlichen Industrieländer beschreiten würden. In Wirklichkeit vollzieht sich die Globalisierung des Kapitals aus den Metropolen heraus, wobei deren Produktionsmethoden und Zivilisation universalisiert werden. Mit anderen Worten, es ist ein weltweiter Prozess, der (a) die wettbewerbsfähigste, sich durch hohen Einsatz von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, Kapitalintensität und hoch qualifizierte Fachkräfte auszeichnende Kombination der Produktionsfaktoren verbreitet; (b) dessen treibende Kräfte die – meist aus den Metropolen stammenden – Transnationalen Konzerne sind; der (c) als ein weltweites Netzwerk von Produktionsstandorten für meist metropolitane Absatzmärkte fungiert.

Im Ergebnis kristallisieren sich (a) arbeitsteilig eng verzahnte *global cities* auf Kosten der früher angestrebten funktionalen Verklammerung der verschiedenen Wirtschaftszweige einer nationalen Wirtschaftsgesellschaft heraus. Als „internationale Integration versus nationale Desintegration“ wurden die Effekte solch neoliberaler kapitalistischer Globalisierung treffend beschrieben (Sunkel 1974). (b) Die Evolution von Agrar- über Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, wie sie sich historisch in Europa abspielte, wiederholt sich nicht. Stattdessen bleibt der Primärsektor in den Ländern der Dritten Welt auf Dauer dominanter Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger „verfrühter Bürokratisierung bzw. Tertiärisierung“. Mit anderen Worten, das polit-ökonomisch zentrale Stadium der Entwicklung zur Industriegesellschaft wird übersprungen. Schließlich bilden (c) die Beschäftigten im »organisierten« Sektor, der eine hohe Produktivität aufweist und den staatlichen Arbeitsgesetzen unterliegt, nur eine verschwindende Minderheit. Sechs von Sieben Erwerbstätigen arbeiten dagegen im »informellen« Sektor, in dem Unsicherheit der Beschäftigung, hohe Arbeitslosigkeit, niedere Einkommen und Produktivität herrschen. Statt einer Überführung in formelle Lohnarbeitsverhältnisse bleiben die meisten dieser ‚informell‘ Beschäftigten ‚kleine Selbständige‘. So wird die fortdauernde Überlebensfähigkeit der ‚alten Mittelschicht‘ suggeriert, während es sich realiter um die Scheinselbständigkeit halbproletarischer Existenzen handelt.

Formal den Marktgesetzen unterworfen, verharrt die Gesellschaft strukturell im Stadium des Übergangs zur kapitalistischen Produktionsweise. Statt einer Durchgangphase zur durchgehend bürgerlichen Gesellschaft werden vor-, halb- und kapitalistische Produktionsweisen ständig neu reproduziert. In allen Branchen wie sogar einzelnen Betrieben vorzufinden, verbirgt sich hinter dem augenscheinlichen Nebeneinander ein funktionales Zusammenwirken zu Gunsten des modern kapitalistischen Sektors. Hierhin fließen nicht nur die materiellen und finanziellen Ressourcen aus dem informellen Sektor ab. Die Fortexistenz des Letzteren erlaubt die Zahlung niedrigster Löhne im organisierten Sektor und damit eine beschleunigte Kapitalakkumulation. Damit wird ihm die (unbezahlte) Funktion der Sozialversicherung, so bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Aufzucht der nächsten Arbeitergeneration, zugeschoben, Kosten, die in Gestalt höherer Löhne eigentlich von den Unternehmern übernommen werden müssten.

2. *Interessenartikulation - zwischen Klassen- und „ursprünglichen“ Identitäten*

Angesichts heterogener Klassenlagen sind die Voraussetzungen zur Formierung von „Klassen für sich“ und damit die Artikulation von Interessen entlang kapitalistischer Produktionsverhältnisse unzureichend. Stattdessen dominieren traditionelle Identitäten wie Kasten-, Stammes-, Sprach-, Religionszugehörigkeit, etc. die politische Szene. Sie vermögen offenkundig eher Wählerstimmen zu mobilisieren. Doch wäre es falsch, darin eine Fortdauer traditionaler ‚primordialer‘ Identitäten zu erblicken, auch wenn es richtig ist, dass beispielsweise in Indien alle Parteien bei der Kandidatenaufstellung Rücksicht auf die Kastenzusammensetzung eines Wahlkreises nehmen. Doch selbst die Formierung von Unberührbaren Parteien oder solche der *Other Backward Classes* zeigen alles andere als eine Renaissance überkommener Identitäten. Im Gegenteil. Diese Form der Organisation reflektiert gerade die »Ungleichzeitigkeit« von politischem und sozialem System. Definieren die politischen Institutionen die Bedingungen erfolgreicher Interessendurchsetzung, bestimmt der Übergangscharakter der Gesellschaft deren Organisation auf der Ebene des kollektiven Subjekts. Hinter der ‚traditionellen‘ Form verbirgt sich eine grundlegende Transformation in der Konstituierung von Gruppen und deren Bewusstsein gepaart mit Aufbegehren gegen materielle Ungleichheit. So waren die zentralen Aktionseinheiten in der historischen hinduistischen Gesellschaft Myriaden lokaler, exklusiver endogamer²⁷ Kastengruppen (*jati* bzw. *up-jatis*). Rituell streng voneinander geschieden, formten sie ein hierarchisches, religiös untermauertes Sozialsystem. Zugleich aber standen sie alle wirtschaftlich in einem wechselseitig aufeinander bezogenen arbeitsteiligen

27 Heirat nur innerhalb einer Kastengruppe.

Verpflichtungsverhältnis. In völligem Gegensatz zur »wechselseitigen Abgrenzung« (vergleichbar mit Hund und Katze) in der Vergangenheit setzen die Kasten heute auf ihre regionale, wenn nicht nationale Vereinigung. Sie haben sich als moderne *pressure groups* zu konstituieren gelernt, die nach den Regeln des politischen Systems ihre Interessen durch Maximierung ihres Organisations- und Sanktionspotentials (qua Mobilisierung einer möglichst großen Zahl) zu realisieren trachten. Die Forderungen solcher Verbindungen beziehen sich typischer Weise auf partikularistische sozial-politische beziehungsweise ökonomische Interessen. Es sind Forderung nach größerer materieller Teilhabe an den zu verteilenden Gütern, nicht solche nach Revolutionierung der Gesellschaft.²⁸ Linke Parteien spielen generell nur eine untergeordnete Rolle. Und was Gewerkschaften anbetrifft, so ist zum einen der Organisationsgrad der Erwerbstätigen insgesamt gering, wobei im Gegensatz zum eher privilegierten organisierten (hier vor allem beim Staat) der informelle Sektor, indem mehr als 90 Prozent der Erwerbstätigen anzutreffen sind, besonders schwach vertreten ist, wodurch auch deren Belange nur unzureichend artikuliert werden.²⁹ Kommt hinzu, dass sich die Gewerkschaftsmitglieder auf eine übergroße Zahl von einzelnen Organisationen (in Indien über 70.000) verteilen. Und auch wenn diese sich zumeist in einem der großen Dachverbände zusammengefunden haben, gewinnen sie ihre Durchschlagskraft doch vor allem durch ihren programmatischen und organisatorischen Anschluss an eine der großen politischen Formationen. Die Arbeitnehmerorganisationen agieren als Konsequenz eher als Transmissionsriemen von deren Forderungen denn als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen.

28 Weitere in ihrer Stossrichtung ähnliche Bewegungen sind die zur Sicherung der Interessen Einheimischer, so z. B. die des Bundesstaats Maharashtra bzw. Mumbais gegen Unternehmen und Arbeitssuchende aus anderen Bundesstaaten.

29 Vgl. Höllen 2010. Danach liegt der Organisationsgrad bei nur 4% der Erwerbstätigen; davon 30-40% im organisierten Sektor. Nach britischem Vorbild sind die Gewerkschaften eher auf Betriebs-, denn auf Branchenebene organisiert, was ihre große Zahl erklärt. In Indien gibt es fünf solcher zentralen, den wichtigsten politischen Parteien, wie dem Indian Congress, der Indischen Volkspartei (BJP), den Sozialisten bzw. Kommunisten angegliederten Dachverbände.

VII. Zusammenfassung: Für eine andere Demokratie

Die parlamentarische Demokratie wurde wegen ihrer prinzipiellen Beteiligung der Beherrschten (Volkssouveränität, allgemeines Wahlrecht) sowie ihrer Schutzmechanismen vor autoritärer und arbiträrer Herrschaft (Wahlen, Gewaltenteilung) eingangs als historisch fortschrittliche Staatsform diagnostiziert. Darüber hinaus wurde auf die ihr zugeschriebene inhärente friedliche Konfliktlösungskapazität beziehungsweise Kriegsunfähigkeit sowie die These vom systemischen Zusammenhang von Demokratie und freier Marktwirtschaft als optimalem Ordnungsrahmen für ökonomische Entwicklung verwiesen.

Die theoretische Analyse ergab, dass (a) die Forderung nach Demokratie als Kampfmittel des Westens in der internationalen Politik eingesetzt wird; (b) der Ruf nach „Demokratie“ realiter lediglich eine historisch spezifische Form, die bürgerliche Mehrparteiendemokratie, meint; die (c) den Überbau einer antagonistischen Produktionsweise, hier des Kapitalismus, darstellt; (d) es eben Aufgabe des politischen Systems ist, dessen Reproduktion zu sichern, inklusive der Steuerung beziehungsweise Kanalisierung des aus dem unaufhebbaren Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit geborenen Klassenkonflikts.

Die Analyse der „Demokratie“ im postkolonialen Südasien belegte, dass deren Funktionsweise und Rolle nur im Kontext des postkolonialen Entwicklungsstaates einerseits, der Bildung kollektiver Identitäten und Artikulation von Interessen einer peripher-kapitalistischen Gesellschaftsformation andererseits, angemessen konzeptualisiert werden kann. Dies erklärt die Stärke des Zentralstaats generell, den Primat der Exekutive in den Ländern des Subkontinents speziell. Als zweites wurde auf den perennierenden Übergangscharakter der Wirtschaftsgesellschaften, deutlich in der Heterogenität ihrer Klassenstrukturen bei gleichzeitiger Prävalenz traditioneller Gruppenidentitäten, verwiesen.

Auf diesem Hintergrund zeichneten sich gerade im Gefolge demokratischer Herrschaft folgende Entwicklungen ab:

- (1) Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie haben eine Revolutionierung traditioneller Strukturen, eine politische Mobilisierung gerade der Masse der Unterprivilegierten, in Ansätzen auch eine politisch einflussreiche, Mittelschicht basierte, Zivilgesellschaft hervorgerufen.
- (2) Die Parteien kämpfen selbst unter Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols mit allen Mitteln um die Macht im Staat. Es geht um Zugang und Verteilung von Einfluss und Ressourcen zur persönlichen Bereicherung ebenso wie zur Patronage. Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit weichen der Konzentration von Macht bei der politischen Elite.

- (3) Politisches Interesse und Fragmentierung des Kollektivbewusstseins begünstigen die Aneignung des Staates und dessen Instrumentalisierung durch die Mehrheit. Die Parteien spielen in diesem Prozess der ethnischen Spaltung als Hauptkonfliktlinie der Gesellschaft eine zentrale Rolle. Diskriminierung, Gewalt und Einschüchterung fördern Tendenzen zum Sicherheitsstaat.
- (4) Unter demokratischem Vorzeichen wurde der Entwicklungsstaat, akzentuiert noch unter neoliberalen Bedingungen, zu Gunsten des Privatunternehmertums zurückgeführt. Der objektiven Vertiefung sozial-ökonomischer Ungleichheit, von struktureller Heterogenität und Informalität läuft eine zunehmende Fundamentalisierung seitens der Parteipolitik parallel. Deren exklusiver Nationalismus überdeckt die wachsenden Klassenwidersprüche.
- (5) Kommerzialisierung und Korruption, Kriminalisierung und Politisierung von Staat und Bürokratie resultieren in einer schrumpfenden Legitimität von herrschender Elite und Parteien. Noch sind die Wahlbeteiligungen hoch, deuten regelmäßige Regierungswechsel auf den Glauben der Regierten an die Möglichkeiten der Demokratie. Doch mit der Entfremdung von ihren Repräsentanten wachsen die Zweifel an den demokratischen Institutionen überhaupt. Zusammen mit den verschärften sozialen Konflikten wird der Zerfall der staatlichen Ordnung beschleunigt.

Freie Marktwirtschaft und repräsentative Mehrparteiendemokratie mit von internationalen Beobachtern attestierten freien und geheimen Wahlen sind nicht nur keine Lösung für gesellschaftliche Konflikte und soziale Ungleichheiten. Sie haben sie im Gegenteil noch befördert! Ihr Versagen hat militanten Islamisten in Pakistan, Maoisten in Nepal und Indien den Boden für den Kampf gegen die bestehende polit-ökonomische Ordnung bereitet. Die eingeschlagene militärisch-sicherheitspolitische Strategie gegen diese als ‚Terroristen‘ untergräbt die demokratische Ordnung, die zu verteidigen die politische Klasse vorgibt. Verschleiert werden dadurch die institutionell-politischen Mechanismen der Herrschaftssicherung einer kleinen politischen Elite auf Kosten einer durchgängigen Demokratisierung von Gesellschaft. Echter politischer Partizipation als Selbstbestimmung und dauerhafte Kontrolle der Regierenden durch den Souverän gälte es z. B. durch imperatives Mandat, Abbau von Privilegien und Referenda eine Bresche zu schlagen. Der Klassencharakter bürgerlicher Herrschaft würde dadurch nicht angetastet, aber eine stärker an den Interessen der Marginalisierten und am sozialen Fortschritt ausgerichtete ökonomisch-soziale Politik ermöglicht. Mit einem solch gewandelten politischen System dürfte auch der notwendige Übergang zu einer anderen post-kapitalistischen Gesellschaftsordnung befördert werden.

Anhang

Failed States Index

Country	Pakistan	Bangl.	Sri L.	Nepal	India
<i>Social Indicators</i>					
I-1. Mounting Demographic Pressures	8.3	8.9	7.5	8.3	8.3
I-2. Massive Movement of Refugees or IDP	8.6	6.9	9.3	6.8	4.9
I-3. Legacy of Vengeance-Seeking Group Grievance	9.6	9.4	9.8	8.7	7.3
I-4. Chronic and Sustained Human Flight	8.3	8.4	6.9	6.0	6.7
<i>Economic Indicators</i>					
I-5. Uneven Economic Development along Group Lines	8.8	9.0	8.5	9.3	8.9
I-6. Sharp and/or Severe Economic Decline	6.4	8.0	6.1	8.5	5.0
<i>Political Indicators</i>					
I-7. Criminalization and/or Delegitimization of the State	9.1	8.5	9.0	8.0	5.5
I-8. Progressive Deterioration of Public Services	7.5	8.0	6.6	7.4	7.0
I-9. Suspension or Arbitrary Application of the Rule of Law and Widespread Violation of Human Rights	8.9	7.6	8.5	8.7	6.0
I-10. Security Apparatus: a "State Within a State"	9.5	8.0	9.2	8.1	7.1
I-11. Rise of Factionalized Elites	9.6	8.9	9.2	8.4	6.0
I-12. Intervention of Other States or External PolActors	9.5	6.5	6.1	7.2	5.1
Total	104.1	98.1	96.7	95.4	77.8
Rank	10	19	22	25	87

Quelle: The Fund for Peace, Failed States Index 2010, Washington.

Die untersuchten 170 Staaten fallen bei einer Skala von 10-120 in folgende vier Kategorien:
 „Alert“ (120-90) 38 Länder. „Warning“ (90-60) 93 Länder. „Moderate“ (60-30) 33 Länder.
 „Sustainable“ (30-12) 6 Länder.

Literatur

- Ali, Tariq** - 2008: Pakistan. Ein Land zwischen Diktatur und Korruption, München (Diederichs).
- Amin, Samir** - 1990: Maldevelopment, London (Zed Books).
- Arblaster, Anthony** - 1987: Democracy, Milton Keynes (Open University Press).
- Aus Politik und Zeitgeschichte** - 2010: Lobbying und Politikberatung, APuZ, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 19/2010, 10. Mai 2010.
- Bannach, Katrin** - 2009: Handlanger der Mächtigen. Zur Diskussion der Polizeireformen in Südasien, in: Südasien 4/2009, S. 63 ff.
- Betz, Joachim** - 2007: Informationen zur politischen Bildung – Indien, Nr. 296, 3/2007, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Betz, Joachim** - 2005: Die Organisation und Finanzierung indischer Parteien, in: Schucher, Günter / Wagner, Christian (Hrsg.): Indien 2005, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg (Institut für Asienkunde), S. 31-51.
- Bischoff, Joachim (Hrsg.)** - 1981: Grundbegriffe der marxistischen Theorie. Handbuch zur Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, Hamburg (VSA-Verlag).
- Blume, Georg** - 2011: Indiens sterbende Kinder. Warum das reiche Schwellenland sein Hungerproblem nicht löst, in: DIE ZEIT, 14. April 2011 (zuletzt aufgerufen am 4. Oktober 2011).
- Brass, Paul R.** - 2003: The Production of Hindu-Muslim Violence in Contemporary India, Washington (University of Washington Press).
- Canfora, Luciano** - 2006: Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln (PapyRossa-Verlag).
- Deppe, Frank** - 2009: Kapitalismus und Demokratie, Reflexionen über ein problematisches Verhältnis, in: Luxemburg, Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis, Umkämpfte Demokratie, Hamburg 2/2009, S. 39-50.
- Dharampal-Frick, Gita** – 2009: 1857-1907-1947: Drei indische Jubiläen aus der Perspektive von 2007, in: Hauff, Michael von (Hrsg.), Indien – Herausforderungen und Perspektiven, Marburg (Metropolis-Verlag), S. 9-30.
- Dohrmann, Jona Aravind** - 2005: The Congress Party as the Creator, Preserver and Destroyer of the Indian State?, in: Schucher, Günter / Wagner, Christian (Hrsg.): Indien 2005: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg (Institut für Asienkunde), S. 53-77.

- Elsässer, Jürgen / Erne, Matthias (Hrsg.)** - 2010: Erfolgsmodell Schweiz. Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität, COMPACT Nr. 16, Berlin (Kai-Homilius-Verlag).
- Erne, Matthias** - 2010: Was heißt Volkssouveränität?, in: Elsässer, Jürgen / Erne, Matthias (Hrsg.) - 2010: Erfolgsmodell Schweiz. Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität, COMPACT Nr. 16, Berlin (Kai-Homilius-Verlag), S. 9-26.
- Evers, Tilman** - 1977: Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt, Köln (Europäische Verlagsanstalt).
- Carriage, Siri** - 2007: Ethnic Conflict, State Reform, and Nation-Building in Sri Lanka, in: Neelsen, John P. / Malik, Dipak (Hrsg.): Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar), p. 143-178.
- Goerlich, Helmut** - 2009: Verfassung, Recht und Staat im Wandel Indiens seit 1947 – ein Modell in der heutigen globalisierten Welt?, in: Hauff, Michael von (Hrsg.): Herausforderungen und Perspektiven – Indien: challenges and prospects, Marburg (Metropolis-Verlag), S. 31-72.
- Hippler, Jochen** - 2008: Das gefährlichste Land der Welt? Pakistan zwischen Militärrherrschaft, Extremismus und Demokratie, Köln (Kiepenheuer & Witsch).
- Höllén, Florian** - 2010: Die indischen Gewerkschaften der 'Linken': ein aktueller Überblick mit thematischen Schwerpunkten, Online-Publikation der Rosa Luxemburg Stiftung.
- International Herald Tribune** - 2011: Well-off Indians get political (October 31, 2011).
- **Dies.** - 2011: In India, Occupy has a destination (November 1, 2011).
- Jürgenmeyer, Clemens** - 2009: Die indische Demokratie – eine „funktionierende Anarchie“, in: Hauff, Michael von (Hrsg.): Indien – Herausforderungen und Perspektiven, Marburg (Metropolis-Verlag), S. 73- 92.
- Kharat, Rajesh** - 2007: Nation-Building Process in Bhutan, in: Neelsen, John P. / Malik, Dipak (Hrsg.): Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar), p. 263-302.
- Klein, Dieter** - 2008: Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weiter geht. Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin (Karl Dietz Verlag).
- Lauth, Hans-Joachim / Liebert, Ulrike (Hrsg.)** - 1999: Im Schatten demokratischer Legitimität, Opladen (Westdeutscher Verlag).
- Maoz, Zeev / Russett, Bruce** - 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986, in: The American Political Science Review (APSR) Vol. 87, Issue 3, p. 624-638.

- Mesquita, Bruce Bueno de / Lalman, David** - 1992: War and Reason: Domestic and International Imperatives, in: Canadian Journal of Political Science Vol. 26, No. 3 (Sep., 1993), New Haven, p. 626-628.
- Müller, Albrecht** - 2010: Meinungsmache - Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen. München (Droemer Knaur Verlag).
- Muralidhar, B.V.** - 2007: Communalism as a Political Weapon in India, in: Neelsen, John P. / Malik, Dipak (Hrsg.): Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar), p. 337-362.
- Neelsen, John P.** - 2007: Sri Lanka: State and Nation in Crisis, in: Neelsen, John P. / Malik, Dipak (Hrsg.): Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar), p. 179-220.
- Neelsen, John P. / Malik, Dipak (Hrsg.)** - 2007: Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar).
- Rittberger, Volker** - 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B44/87, S. 3-12.
- Robinson, William I.** - 1992: A Faustian Bargain: US Intervention in the Nicaraguan Elections and American Foreign Policy in the Post-Cold War Era, Boulder (Westview Press).
- Roca, René** - 2010: Direkte Demokratie, in: Elsässer, Jürgen / Erne, Matthias (Hrsg.): Erfolgsmodell Schweiz – Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität, COMPACT Nr. 16, Berlin (Kai-Homilius-Verlag), S. 43-47.
- Rothermund, Dietmar** - 2008: Indien: Aufstieg einer asiatischen Weltmacht, München (C. H. Beck).
- Scheidler, Fabian** - 2011: Indien: Der Preis des Wachstums, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 3/2011, Berlin (Blätter Verlag), S. 109 ff.
- Scholz, Jorge** - 2008: Der Pakistan Komplex. Ein Land zwischen Untergang und Nuklearwaffen, München (Pendo Verlag).
- Smith, Dennis** - 1990: Capitalist Democracy on Trial. The Transatlantic Debate from Tocqueville to the Present, London (Routledge).
- Sobhan, Rehman** - 2007: Bangladesh's Crisis of Democracy, in: Neelsen, John P. / Malik, Dipak (Hrsg.): Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar), p. 119-142.
- Sussman, Gerald** - 2006: The Myths of 'Democratic Assistance': U.S. Political Intervention in Post-Soviet Eastern Europe, in: Monthly Review, New York, vol. 58, Nr.7, Dec. 2006, p. 15-29.
- Thomas, Clive Yolande** - 1984: The Rise of the Authoritarian State in Peripheral Societies, New York (Monthly Review Press).

- Tocqueville, Alexis de** - 1985: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart (Reclam) (französisches Original 1835).
- United Nations Development Programme (UNDP)** - 2002: Human Development Report 2002. Deepening democracy in a fragmented world, New York (Oxford University Press).
- Varshney, Ashutosh** - 2002: Ethnic Conflict and Civic Life. Hindus and Muslims in India, New Haven (Yale University Press).
- Wagner, Christian** - 2009: Aktuelle Herausforderungen für die indische Demokratie – Die unbewältigte soziale Frage, in: Hauff, Michael von (Hrsg.): Indien – Herausforderungen und Perspektiven, Marburg (Metropolis-Verlag), S. 93-110.
- Weidemann, Diethelm** - 2007: Crisis of the State in Pakistan – Roots and Evolution, in: Neelsen, John / Malik, Dipak (Hrsg.): Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation Building and Fragmentation, Delhi (Manohar), p. 83-117.
- Wieck, Hans-Georg** - 2005: Die Integration der Dalits in die indische Gesellschaft – Eine Schlüsselfrage für die Zukunft der indischen Demokratie, in: Schucher, Günter / Wagner, Christian (Hrsg): Indien 2005, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg (Institut für Asienkunde), S. 301-313.
- Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.)** - 1991: Handbuch Vereinte Nationen, (Beck-Verlag) München (2.Auflage).